

Änderungsantrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Annette Groth, Niema Movassat, Kathrin Vogler, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, Steffen Bockhahn, Roland Claus, Michael Leutert und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/10200, 17/10202, 17/10823, 17/10824, 17/10825 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013
(Haushaltsgesetz 2013)**

**hier: Einzelplan 23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 23 02 wird der Titel 687 72 „Ziviler Friedensdienst“ um 35 Mio. Euro auf 64 Mio. Euro erhöht. 15 Mio. Euro werden für die Anschubfinanzierung für einen Europäischen Zivilen Friedensdienst zur Verfügung gestellt. Die Verpflichtungsermächtigung für die kommenden Haushaltsjahre wird um 34,68 Mio. Euro auf 60 Mio. Euro erhöht.

In Kapitel 23 02 wird der Titel 896 02 „Beitrag zu den Europäischen Entwicklungsfonds“ um 40 Mio. Euro auf 734 Mio. Euro erhöht. Die zusätzlichen 40 Mio. Euro sind für die Anschubfinanzierung für einen afrikanischen Zivilen Friedensdienst vorzusehen.

In Kapitel 23 02 wird dem Titel 896 03 „Bilaterale Technische Zusammenarbeit“ und dem Titel 896 06 „Internationale Zusammenarbeit mit Regionen für nachhaltige Entwicklung“ jeweils folgender Haushaltsvermerk angefügt: „Die Verwendung von Mitteln im Rahmen sicherheitspolitischer oder zivil-militärischer Zusammenarbeit ist ausgeschlossen.“

Berlin, den 19. November 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Der Zivile Friedensdienst muss zu einem zentralen Instrument der internationalen Politik ausgebaut werden. Bislang fristet er ein Nischendasein. Die beantragte Aufstockung greift die Forderung der Kampagne des Forums Ziviler Friedensdienst (forumZFD) e. V. für „20 Millionen mehr vom Militär“ auf.

Zusätzlich muss auf europäischer Ebene ein europäischer und auf afrikanischer Ebene, im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Europäischer Union und Staaten der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Staaten), ein afrikanischer Ziviler Friedensdienst aufgebaut werden, um wirksame Alternativen zur zunehmenden Militarisierung der EU-Außenpolitik, insbesondere auch in den Beziehungen zu Afrika, zu entwickeln.

Die Kooperationsvereinbarung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH mit dem Bundesministerium der Verteidigung vom Juni 2011 und die Zusammenarbeit der GIZ GmbH mit Sicherheitsorganen in Saudi-Arabien sind bedrohliche Anzeichen dafür, dass Entwicklungszusammenarbeit zunehmend militärischen und geostrategischen Zielen untergeordnet wird. Entwicklungspolitik muss Friedenspolitik sein. Die zivil-militärische Zusammenarbeit muss beendet werden, weil sie entwicklungspolitischen Zielsetzungen entgegenläuft und Helferinnen und Helfer konkret gefährdet.